



### Presseschau vom 05.12.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### Außer der Reihe – Lesetipps:

#### **MH17: Neuer Vorschlag von Privatermittler Resch für objektive Aufklärung**

Von Tilo Gräser

Die internationalen Ermittler im Fall MH17 und die federführende niederländische Staatsanwaltschaft wollen die von Privatermittler Josef Resch angebotenen Informationen nicht prüfen. Sie stören sich an seiner Forderung, dass das öffentlich geschehen soll. Resch hat nun ein weiteres Angebot gemacht, um zu helfen, die Katastrophe aufklären zu können....

<https://sptnkne.ws/A9Zs>

### abends / nachts:

*dnronline.su*: Heute traf sich das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin in Ilowajsk mit gesellschaftlichen Aktivisten. Thema waren die dringendsten Probleme der Einwohner der Stadt. (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Nach der Zahl der Anfragen, die aus Ilowajsk an mich eingetroffen sind, haben sich hier viele Problem angesammelt. Man muss möglichst nah an den Menschen sein, um schneller zu begreifen, welche Probleme sie haben. Ich möchte dieses Treffen in Form von Fragen und Antworten gestalten, ich bitte darum jede Frage zu stellen ohne sich zu scheuen oder zu befürchten. Ich bin nicht allein gekommen, mit mir sind hier der Vizepremier und Minister,

denen spezifische Fragen gestellt werden können. Unsere Aufgabe ist es, die Probleme zu lösen, Antworten zu finden, bestimmte Perspektiven festzulegen“, sagte Denis Puschilin. ... Auf dem Treffen waren der stellvertretende Vorsitzende der Regierung Wladimir Paaschkow, die Arbeits- und Sozialministerin Larissa Tolstykina, der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft Sergej Naumez, die Gesundheitsministerin Olga Dolgoschapko, der Vorsitzende der Gewerkschaftsföderation Maxim Parschin sowie Vertreter des Verkehrsministeriums und andere.

Die Anwesenden erörtern eine Lösung der Probleme der kommunalen Unternehmen, beispielsweise Fragen der Zahlung von Schulden der Einwohner gegenüber den kommunalen Dienstleistungen, Steuern und anderes. Die Ilowajsker sprachen die Fragen der Arbeit des Migrationsdienstes des Innenministeriums, die Funktion der Passier- und Zollpunkte an der Grenze mit der Ukraine, die Pflege der Stadt, die Organisation von Kindererholung an. Am ernstesten und aktuellsten waren Fragen der Finanzierung von Einrichtungen des Gesundheitswesens, die Gewinnung von Spezialisten, die Reparatur der Einrichtung der Poliklinik und des städtischen Krankenhauses, das Fehlen von Krankenwagen. Auch die Situation der in der Nähe liegenden Ortschaft Winogradnoje wurde angesprochen, was die Verkehrsverbindungen, die Wasserversorgung, die Arbeit des örtlichen landwirtschaftlichen Unternehmens usw. betrifft.

„Ich meine, dass der Leiter der Stadt aktiver sein muss. Es gibt Fragen, die im laufenden Geschäft gelöst werden können. Man darf nicht sitzen und warten, sondern etwas erreichen. Und wir sind bereit zu helfen, zu unterstützen. Aber für Sie wird niemand etwas tun. Ich kenne Beispiel, wo viele Probleme durch die Nachdrücklichkeit der Leiter, durch Argumente gelöst wurden. Und Sie haben mehr als ausreichend Argumente, warum Ilowajsk, die Stadt, die ernsthaft unter dem Krieg gelitten hat und bis heute nicht wiederaufgebaut wurde, das braucht. Man muss nur aktiver sein. Eine wichtige Bitte – nachdrücklicher sein. Dann wird es ein Ergebnis geben“, fasste Denis Puschilin zusammen.

Im Ergebnis der Diskussion beauftragte Denis Puschilin die Gesundheitsministerin sich mit der Situation auseinanderzusetzen, die die Senkung der Lohnzuschläge für die Beschäftigten im Gesundheitsbereich für schwierige und anstrengende Arbeiten betrifft.

„Ich bitte sich damit auseinanderzusetzen und mir morgen zu berichten. Entweder hat sich der Buchhalter vertan, oder der Finanzdienst des Ministeriums. Wir haben jedenfalls gesagt, dass alle Zuschläge erhalten bleiben müssen. Wir haben die Löhne erhöht, aber Sie haben diese durch die Wegnahme der Zuschläge gesenkt. Im Ergebnis gab es keine Erhöhung. Jetzt planen wir die nächste Erhöhung. Werden Sie diese auch irgendwie abziehen? Das ist nicht richtig. Finden Sie das heraus und berichten Sie über diese Situation“, sagte Denis Puschilin.

Ein weiteres Problem ist das der langen Warten an der Staatsgrenze an den Passier- und Zollpunkten. „Wir kennen dieses Problem. Es gibt komplexe Ursachen unmittelbar im organisatorischen Bereich. Wir suchen eine Lösung und ich denke, wir werden sie in der nächsten Zeit bekannt geben. Das ist nicht nur mit einer Verbesserung der Infrastruktur, sondern auch mit zusätzlichen organisatorischen Maßnahmen verbunden. Tatsächlich hat dieses Problem bestimmte negative Folgen für das Image der Republik im ganzen. Aber von uns aus fahren keine Diversanten auf das Territorium der Ukraine, um irgendetwas zu sprengen. Zu uns aber kommen sie, sie sprengen Einrichtungen und entführen Menschen, wie das mit Zemach war. Deshalb sind unsere Sicherheitsmaßnahmen auf einem höheren Niveau. Das ist klar. Aber für die Menschen ist ein einfacheres Verfahren für den Übertritt notwendig“, sagte Denis Puschilin.

„Ich kann mit einem bestimmten Optimismus sagen, dass es für die Eisenbahn Änderungen zum Besseren hin geben wird. Die Situation mit dem Export von Kohle wird sich verbessern und noch auf einigen anderen Gebieten. Ich bin da optimistisch eingestellt“, sagte Denis Puschilin.

Diese Aussage des Staatsoberhauptes unterstützte der stellvertretende Vorsitzende der

Regierung Wladimir Paschkow. „Zur Zeit wird die Frage eines Kredites erörtert, in den nächsten Tagen werden wir die Frage der Löhne lösen“, versicherte er.

de.sputniknews.com: **Vucic will mehr Erdgas von Russland**

Serbien ist auf zusätzliche Gasmengen zu adäquaten Preisen angewiesen und baut daher auf die Hilfe Russlands. Das sagte Serbiens Präsident Aleksandar Vucic am Mittwoch in Sotschi am Schwarzen Meer vor einem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin. „Wir haben bereits den Gasspeicher Banatski Dvor mit einem Fassungsvermögen von 450 Millionen Kubikmetern gefüllt und zusätzliche Speicherkapazitäten für 100 Millionen Kubikmeter geschaffen, um im ersten Quartal täglich bis zu 2,5 Millionen Kubikmeter zu pumpen“, sagte Vucic dem nationalen serbischen Fernsehen.

Bislang hat Serbien russisches Gas ausschließlich via Ukraine und Ungarn bezogen. „Gemäß einem Vertrag mit Russland nehmen wir (täglich) 6,2 Millionen Kubikmeter Gas ab bei einem Bedarf von rund 12 Millionen Kubikmetern. Derzeit prüfen wir, wo die restlichen Mengen bezogen werden könnten.“ Er sei sicher, dass „russische Freunde uns helfen werden, dieses Problem zu lösen“, sagte Vucic.

*Serbien baut Abzweigung von Turkish Stream*

Derzeit baut Serbien einen Teil der Gasleitung – von der bulgarischen bis zur ungarischen Grenze –, über die künftig Gas aus der Pipeline Turkish Stream fließen soll. Es geht um eine 402 Kilometer lange Abzweigung mit einer Durchsatzkapazität von 12,87 Milliarden Kubikmetern pro Jahr. Der serbische Teil der Abzweigung soll noch an den in Bulgarien gekoppelt werden, wo die Arbeiten aber nur zu langsam geführt werden.

*Gaspipeline Turkish Stream*

Turkish Stream soll im ersten Halbjahr 2020 in Betrieb genommen werden. Die Pipeline besteht aus zwei Strängen mit einer Durchsatzkapazität von je 15,75 Milliarden Kubikmetern Gas pro Jahr. Der Unterwasserteil der Leitung ist 930 Kilometer lang. Die Pipeline führt von der Schwarzmeerstadt Anapa zur Küsten-Ortschaft Kiyıköy im türkischen Thrakien. Das durch den ersten Strang zu transportierende Gas ist ausschließlich für die Türkei bestimmt. Der zweite Strang soll laut ursprünglichen Plänen bis zur Grenze zwischen der Türkei und der EU verlängert werden.

Gas aus dem zweiten Rohr wird unter mehreren Ländern verteilt: 3,5 Milliarden Kubikmeter sind für Bulgarien, 2,5 Milliarden für Serbien und 6 Milliarden für Ungarn geplant. Die restlichen 3,75 Milliarden Kubikmeter können von Ungarn dann in die Slowakei und zum österreichischen Gashub Baumgarten weitergeleitet werden.

armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Der Gegner unterlässt die Versuche bewaffneter Provokation entlang der Kontaktlinie nicht, beschießt Ortschaften der Republik und ignoriert so die direkten Anweisungen der Stabs der OOS über eine Einhaltung Regimes der Feueereinstellung und demonstriert seine Unkontrolliertheit durch das Kommando.

So haben heute Kämpfer des 1. Bataillons der 92. mechanisierten Brigade aus Richtung Awdejewka **Krutaja Balka beschossen**. Nach uns vorliegenden Informationen erfolgte der Beschuss auf Initiative des Kommandeurs des Bataillons Borodin, der entgegen den Anweisungen des Brigadekommandeurs Kokorjew das Regime der Feueereinstellung verletzte und das Feuer auf die Ortschaft eröffnete.

Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und Verletzte unter der friedlichen Bevölkerung werden noch ermittelt.

Leider gab es Verluste auf unserer Seite. In der Folge des Beschusses wurde **ein Verteidiger der Republik tödlich verletzt**.

Wir rufen die OSZE und andere internationale Organisationen auf, den Terror der ukrainischen Strafruppen zu stoppen und Druck auf das offizielle Kiew auszuüben, eine

sorgfältige Untersuchung zu dem Geschehen vorzunehmen und die Schuldigen zu bestrafen. Wir merken an, dass der Tod des Soldaten der Volksmiliz davon zeugt, dass die verbrecherischen Handlungen der ukrainischen Seite den Erklärungen der Führung der Ukraine über ihre Unterstützung eines Kurses der friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass widersprechen.

#### de.sputniknews.com: **Trump: USA und Russland zu nuklearen Fragen im Kontakt – China soll einbezogen werden**

Die USA unterhalten Kontakte zu Russland in nuklearen Fragen und wollen auch China mit ins Boot holen. Das sagte US-Präsident Donald Trump am Mittwoch in Washington in einer Stellungnahme zur jüngsten Initiative von Russlands Präsident Wladimir Putin, ein Moratorium für die Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa zu verhängen.

„Wir diskutieren mit Russland über mehrere Dinge in Bezug auf die Beschränkung atomarer Waffen. Ich denke, das sei wohl das größte Problem für die ganze Welt, das größer ist, als jedes andere Problem. Und wir arbeiten beharrlich daran. Er (Präsident Putin) will, dass sich etwas tut. Ich will es ebenfalls und China auch“, sagte Trump.

Putin hatte vorgeschlagen, die Stationierung von Raketen kurzer und mittlerer Reichweite in Europa und anderen Regionen per Moratorium zu verbieten, und die wichtigsten Länder Europas und Asiens sowie diverse internationale Organisationen davon in Kenntnis gesetzt. Russlands Vizeaußenminister Sergej Rjabkow teilte später mit, dass die Reaktion der NATO auf diesen Vorschlag enttäuschend war: „Der Vorschlag hinsichtlich eines Moratoriums ist nicht vertrauenswürdig, weil dabei die Realität vor Ort ignoriert wird“, argumentierte die Allianz.

#### *USA kippen INF-Vertrag*

Zuvor waren die USA aus dem INF-Vertrag über das Verbot bodengestützter Kurz- und Mittelstreckenraketen einseitig ausgestiegen, hatten aber zugleich vorgeschlagen, einen neuen Vertrag über die Begrenzung strategischer Rüstungen auszuarbeiten. Dabei geht die US-Administration davon aus, dass in diesen Vertrag neben den USA und Russland auch China einsteigen müsste.

#### ukrinform.de: **Trump-Anwalt Giuliani reist nach Kyjiw zum Treffen mit Ex-Generalstaatsanwalt Schokin**

Der persönliche Anwalt des US-Präsidenten Donald Trump, Rudy Giuliani, hat sich am 3. Dezember in Budapest mit dem früheren ukrainischen Generalstaatsanwalt Juri Luzenko getroffen. Dann reiste er am 4. Dezember in die Ukraine, um in Kyjiw mit Luzenkos Vorgänger im Amt des Generalstaatsanwalts, Wiktor Schokin, zusammenzukommen, wie die „New York Times“ am Mittwoch berichtete. Auch ein Treffen mit dem ehemaligen Staatsanwalt Kostjantyn Kulyk ist in Kyjiw geplant.

Der Zeitung zufolge reiste Giuliani nach Kyjiw mit dem Ziel, eine Dokumentarserie zu drehen, die Vorwürfe gegen Trump in den Impeachment-Ermittlungen widerlegen sollen. Die Dokumentation soll auf dem konservativen US-Sender One America News ausgestrahlt werden.

Zwei Folgen der Serie wurden bereits ausgestrahlt. Sie werden als republikanische Alternative zu den Anhörungen zum Amtsenthebungsverfahren dargestellt. An der Serie beteiligen sich Zeugen aus der Ukraine, die von den Demokraten zu den Anhörungen nicht vorgeladen wurden. Einige von ihnen wurden „vor der Kamera“ vereidigt, schreibt die Zeitung.

Nach Angaben von der „New York Times“ sagten der ehemalige ukrainische Diplomat Andrij Telischenko, Ex-Parlamentsabgeordneter Andrij Artemenko und der frühere Chef der Zentralen Wahlkommission Mychailo Ochendowskyj in einer Folge, die am Dienstag ausgestrahlt wurde, aus. Alle behaupteten, dass Präsident Trump genug Gründe hatte, den

ukrainischen Präsidenten Selenskyj um Ermittlungen gegen die Bidens und wegen der ukrainischen Handlungen bezüglich der Präsidentenwahl 2016 zu bitten.

**armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Das ukrainische Militärkommando, soweit es aus Anhängern des Ex-Präsidenten der Ukraine P. Poroschenko besteht, unterlässt die Versuche, die Lage in der OOS-Zone zu destabilisieren und den friedlichen Prozess zur Regelung des Konflikts zu sabotieren, nicht. Nach dem gescheiterten Versuch von Spezialeinheiten des SBU, eine Diversion in der Nähe der Kontaktlinie durchzuführen, hat das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ geplant, einen provokativen Artilleriebeschuss von Ortschaften der Republik durchzuführen. Nach uns vorliegenden Informationen plant das Kommando der BFU im Vorfeld des Treffens im „normannischen Format“ am 9. Dezember eine weitere Provokation unter Einsatz von 122mm-Artillerieagitationsgeschossen durchzuführen, um den Präsidenten der Ukraine in den Augen der Weltgemeinschaft zu diskreditieren.

Nach Informationen unserer Quellen wird als Gebiet zur Durchführung der Diversion einer der KPP im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ gewählt werden, auf den Artilleriegeschosse mit Agitationsmaterialien abgeschossen werden, die Informationen über den Übergang der Besatzungskräfte zu einer aktiven Phase der Kämpfe im Fall eines Scheiterns der Verhandlungen im Paris am 9. Dezember und die Forderungen an die friedliche Bevölkerung, sofort dieses Gebiet zu verlassen, enthalten. Um den Beschuss auf Video festzuhalten, werden die Besatzer eine Drohne verwenden. Für das Feuer ist der Einsatz von drei Artilleriegeschützen geplant.

Nach Meinung der Anhänger des Ex-Präsidenten der Ukraine ist mit dieser Provokation geplant, uns zu erwidern Maßnahmen zu zwingen und der Sabotage der Friedensinitiativen zur Normalisierung und friedlichen Regelung des Konflikts zu beschuldigen, was das Maß des Vertrauens in Selenskyj bei den Staatsoberhäuptern der Welt wesentlich senken wird.

Wir rufen die internationalen Beobachter auf, auf die militärisch-politische Führung der Ukraine einzuwirken und die geplante Provokation zu verhindern.

**de.sputniknews.com: „Wichtiger als alle anderen Probleme“: Trump über Kooperation mit Russland hinsichtlich Kernwaffen**

US-Präsident Donald Trump hat die Entwicklung und Tests von Atomwaffen ein globales internationales Problem genannt, und diesbezüglich werden Verhandlungen mit Russland geführt. Dies teilte er gegenüber Journalisten am Mittwoch am Rande des NATO-Gipfels in London mit.

„Wir haben mit Russland bezüglich vieler Dinge gesprochen, darunter auch hinsichtlich der vorübergehenden Einstellung von Kernwaffentests und der Entwicklung von Atomwaffen. Dies ist meiner Ansicht nach das größte Problem, dem die Welt zum gegenwärtigen Zeitpunkt gegenüber steht. Ich denke, dies ist wichtiger als jedes andere Problem in der Welt heute“, so beantwortete der US-Präsident die Frage von Journalisten zur Initiative des russischen Präsidenten Wladimir Putin hinsichtlich der Einführung eines Moratoriums für die Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa.

Nach Ansicht des US-Staatschefs will Putin ein Ergebnis bei der Lösung des Problems der Kontrolle über Kernwaffen erzielen. Dasselbe will nach Trumps Meinung auch China.

**Russlands Vorschlag**

Am 28. November hatte der französische Präsident Emmanuel Macron versichert, dass er den Vorschlag Russlands über ein Moratorium für die Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen nicht angenommen habe.

Im Oktober hatte auch die US-Administration den Vorschlag für ein Moratorium erhalten. Die Diskussion zu diesem Problem steht laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow

ständig auf der Tagesordnung.

Putin hatte noch im September den Vorschlag angekündigt, die Verbreitung und Stationierung von Raketen in Europa „einzufrieren“, und diese Message an die Hauptstädte verschiedener Staaten gerichtet, darunter an die Nato-Länder.

Zuvor im August waren die USA aus dem INF-Vertrag ausgestiegen.

#### *INF-Vertrag*

Der INF-Vertrag wurde zwischen der UdSSR und den Vereinigten Staaten im Jahr 1987 abgeschlossen und verbot den beiden Ländern, ballistische und Flügelraketen kurzer und mittlerer Reichweite herzustellen und zu verbreiten. Am 2. Februar 2019 initiierte Washington die Prozedur des Austritts aus dem Vertrag, wobei es Moskau die Nichterfüllung der Punkte des Dokuments wegen der russischen Rakete 9M729 vorgeworfen hatte. Das russische Verteidigungsministerium hatte die Äußerungen über die Verletzung des Abkommens widerlegt.

#### **Wpered.su: In Amwrosiewka fand der Tag des Unbekannten Soldaten statt**

Am 4. Dezember versammelten sich in Amwrowsiekwa Leiter von Stadt und Bezirk, Schüler von Schulen, Vertreter der Öffentlichkeit am Denkmal für den Unbekannten Soldaten, um das Andenken der Soldaten zu ehren, die ihr Leben bei der Verteidigung der sowjetischen Heimat gegen die faschistischen deutschen Besatzer gaben. An der Veranstaltung nahmen die Amwrosiewker Kommunisten teil, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Vor den Versammelten sprachen der Leiter der Verwaltung von Amwrosiewka Igor Lysow, die Leiterin der Stadtverwaltung Natalja Dokuka, die Abgeordnete des Volkssowjets der DVR Marija Pirogowa, die erste Sekretärin des Amwrosiewker Bezirkskomitees der Kommunistischen Partei der DVR Ljudmila Jakubowskaja. In ihren Beiträgen unterstrichen sie die Heldentaten der Soldaten, die das Land gegen die „braune Pest“ verteidigten. Nach einer Schweigeminute wurden Blumen am Fuß des Denkmals niedergelegt.



[http://wpered.su/wp-content/uploads/2019/12/IMG\\_20191204\\_220307.jpg](http://wpered.su/wp-content/uploads/2019/12/IMG_20191204_220307.jpg)

#### **de.sputniknews.com: NATO will Kampfbereitschaft ihrer Kräfte erhöhen**

Die Staats- und Regierungschefs der NATO-Länder haben bei ihrem Gipfel in London beschlossen, die Kampfbereitschaft ihrer Truppen zu erhöhen. Das werde es ermöglichen, im Notfall die Präsenz der Allianz in konkreten Regionen zu verstärken, erklärte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg am Mittwoch.

„Heute haben wir eine neue Initiative zur Erhöhung der Bereitschaft unserer Kräfte bestätigt ... Der Beschluss hat zum Ziel, die Kampffähigkeit unserer Truppen zu erhöhen“, sagte er. Stoltenberg zufolge gingen die Verbündeten die Verpflichtung ein, im Notfall jeweils 30 Bataillone, 30 Flugzeuggeschwader und 30 Kriegsschiffe binnen 30 Tagen mobil zu machen. Zudem wurde beschlossen, das Verteidigungsbudget der NATO zum Jahr 2024 auf 400 Milliarden US-Dollar aufzustocken und es auch weiter zu erhöhen.

*2-Prozent-Ziel im Vordergrund*

„Wir werden uns darauf konzentrieren, mindestens zwei Prozent vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) für die Verteidigung zur Verfügung zu stellen“, sagte Stoltenberg.

Der Etat von 400 Milliarden US-Dollar sei beispiellos. Das werde die Allianz nur stärker machen, betonte der NATO-Chef.

**vormittags:**

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK:

Am 4. Dezember wurde kein Beschuss von Seiten der BFU auf das Territorium der LVR festgestellt.

**dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 4. Dezember 3:00 bis 5. Dezember 3:00**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die **Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 7**. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Dolomitnoje, Wasiljewka, Jasinowataja, Spartak, Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Alexandrowka, Sachanka**.

Opfer unter der friedlichen Bevölkerung und Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 21.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der abgefeuerten Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik der Zahl der Geschosse im täglichen Bericht eingeht.

In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 27.

Ab 01:01 am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **Sportklub in syrischer Provinz Aleppo unter Terroristen-Beschuss – zehn Todesopfer**

Zehn Menschen sind in der syrischen Provinz Aleppo beim Beschuss durch Terroristen getötet worden. Dies teilte Generalmajor Juri Borenkow, Leiter des russischen Versöhnungszentrums in Syrien, mit.

Beschossen wurde demnach ein Sportklub in der Stadt Tall Rifaat (auch Tel Rifat) in der nordsyrischen Provinz Aleppo.

„Es wurde vom südöstlichen Rande der Ortschaft Kaljibrin aus 120-mm-Granatwerfern gefeuert“, präzisierte Borenkow am späten Mittwohabend.

### *Kinder unter den Toten*

Bei dem Beschuss wurden ihm zufolge zehn Menschen, darunter auch acht Kinder, getötet. 13 weitere wurden verletzt. Zwei von ihnen seien in schwerem Zustand.

### *Auch Wohnhaus beschossen*

Am 3. Dezember hatten Borenkow zufolge Kämpfer der Terrormiliz „Hai'at Tahrir asch-Scham“ (früher „Dschebhat an-Nusra“\*) ein Wohnhaus in der Ortschaft Al-Wadihi südlich der Stadt Aleppo beschossen. Bei dem Raketenbeschuss kam ein sechs Jahre alter Junge ums Leben. Seine Mutter und zwei Brüder wurden verletzt.

### *24-Stunden-Bilanz*

Laut gestrigen Aussagen von Borenkow wurden innerhalb der vergangenen 24 Stunden in der Idliber Deeskatationszone 40 Fälle von Beschuss registriert. In der Provinz Aleppo wurden demnach sechs Ortschaften beschossen, zwölf in Latakia, sechs in der Provinz Hama und acht in der Provinz Idlib.

\*Terrororganisation, in Deutschland und Russland verboten

### **Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK:**

Wie zuvor mitgeteilt wurde, haben die BFU heute um 10:15 das Feuer aus Richtung Showanka in Richtung Sajzewo jushnoje mit Schusswaffen eröffnet.

Unter Beschuss geriet ein Gebiet, wo entsprechend zuvor von der ukrainischen Seite gewährten Sicherheitsgarantien von Mitarbeitern des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten durchgeführt wurden.

Obwohl die Vertretung der DVR im GZKK zusätzliche Sicherheitsgarantien bei der ukrainischen Seite im GZKK zur Herstellung eines nachhaltigen Regimes der Ruhe angefragt hat, hält der Beschuss derzeit an.

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer und keine Schäden an ziviler Infrastruktur. Genauere Informationen werden ermittelt.

### **de.sputniknews.com: Kooperation statt Rivalität: Botschafter legt russischen Standpunkt zu Arktis dar**

Anatoli Antonow, der Botschafter Russlands in den Vereinigten Staaten, hat sich in einem am Donnerstag auf Facebook veröffentlichten Beitrag zu der russischen Position bezüglich der Arktis geäußert. Moskau stehe für Zusammenarbeit und nicht für Gegnerschaft, so die Stellungnahme.

„Wir fordern keine Rivalität, sondern Frieden und eine für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit in der Region. Um Vertrauen und ein gemeinsames Verständnis aufzubauen und eine Eskalation jeglicher Art zu verhindern, setzen wir uns für die Wiederherstellung eines umfassenden militärpolitischen Dialogs der arktischen Staaten ein“, heißt es in dem Beitrag.

Unter anderem schlage Russland vor, zum Format der jährlichen Treffen der Generalstabschefs der Länder des Arktischen Rates zurückzukehren, die vor 2014 stattfanden, schreibt Antonow.

„Dies ist ein wirksamer Mechanismus zur Aufrechterhaltung der regionalen Stabilität. Der unterbrochene Dialog über militärische und politische Fragen kann durch Konsultationen von Militärexperten aus den arktischen Ländern aktualisiert werden“, so der Botschafter weiter. Zudem stellt er fest, dass Russland die Entwicklung eines Rechtsrahmens unterstütze, um das Risiko für Vorfälle und die Verschmutzung von Meerwasser zu verringern. Unter anderem sei Moskau der Ansicht, dass es notwendig sei, die Ressourcen wirksamer zu konzentrieren, um auf Notfälle reagieren und Rettungseinsätze in den Ländern durchführen zu können, die über einen Küstenstreifen in dieser Region verfügen.

„Angesichts der raschen Entwicklung der Seefahrt in der Arktis, darunter der touristischen Kreuzfahrten, ist es wichtig, die Fähigkeit weiter auszubauen, schnell auf mögliche

Notsituationen reagieren zu können. Wir unterstützen eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb des Forums der Arktischen Küstenwache“, heißt es weiter in dem Beitrag.

#### *Forum der Arktischen Küstenwache*

Das Format wurde Ende Oktober 2015 als eine Plattform ins Leben gerufen, die Entscheidungen auf der Grundlage eines Konsenses treffen und sich auf die operative Zusammenarbeit konzentrieren wird. Es ist vorgesehen, dass die Küstenwache der Region die Möglichkeit erhält, sich auf Themen von gemeinsamem Interesse in der Arktis wie Such- und Rettungsaktionen, Notfallhilfe und Eisbrecher-Dienste zu konzentrieren.

**Dan-news.info: Ein humanitärer Konvoi des Zivilschutzministeriums der RF hat heute mehr als 240 Tonnen Lebensmittelpakete für Kinder unter drei Jahren in die DVR geliefert. Die Verteilung der humanitären Hilfe wird auf den Sitzung der staatlichen Kommission zur Verhütung und Liquidierung von Notfallsituationen und zur Gewährleistung des Brandschutzes der Republik erfolgen.**

**Lug-info.com: Der 94. Konvoi des Zivilschutzministeriums Russlands mit humanitärer Hilfe für die Einwohner des Donbass ist in Lugansk eingetroffen, in der nächsten Zeit wird die Entladung erfolgen. Acht Lastwagen haben 103 Tonnen humanitäre Hilfe nach Lugansk gebracht, darunter 17.280 Lebensmittelpakete für Kinder unter drei Jahren.**

#### **de.sputniknews.com: Polens Präsident Duda will in Russland plötzlich keinen Nato-Feind mehr sehen – Moskau kommentiert**

Der polnische Präsident Andrzej Duda distanziert sich davon, Russland als Feind der Nato zu bezeichnen. Russland ist laut Duda „unser Nachbar, mit dem wir uns nicht bei allen Angelegenheiten einig sind“. Damit widerspricht er verbal dem Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg.

Es gebe keinen Feind, antwortete Duda am Donnerstag auf der Pressekonferenz zum Schluss des Nato-Gipfels in London auf die entsprechende Frage. „Es gibt heute keinen einzigen Feind. Als Feind könnten wohl noch Nichtregierungsorganisationen terroristischer Art bezeichnet werden“, so der polnische Präsident. Mit Russland müsse man verhandeln, da Russland ein Nachbar sei, ein Partner sei. Bei den Feierlichkeiten anlässlich des Beginns des Zweiten Weltkrieges am 1. September in Warschau hatte Duda Russland allerdings noch gewisse „imperialistische Tendenzen“ vorgeworfen.

In einem Sputnik-Interview verwies der französische Geopolitikexperte Dr. Pierre-Emmanuel Thomann kürzlich darauf, dass auch sein Präsident Emmanuel Macron den islamischen Terrorismus als Gegner der Nato verstehe. Dies sagte Macron vor einer Woche auf einer Pressekonferenz mit Stoltenberg in Paris. Stoltenberg dagegen meinte, dass die Nato die Bedrohung durch Russland und China bewältigen müsse. Der Experte verknüpfte Macrons Worte über den „Hirntod“ der Nato mit dem Wunsch, den Hauptfeind der Verbündeten neu zu definieren, bevor die Lasten zwischen US- und EU-Bürgern diskutiert und geteilt werden. Der stellvertretende Leiter des Föderationsrates im Ausschuss für auswärtige Beziehungen, Wladimir Dschabarow, kommentierte bereits gegenüber RT, dass Dudas Worte wohl auch der Position von US-Präsident Donald Trump entsprechen würden. Trump habe klargemacht, dass er Russland nicht als Feind wahrnehme, so Dschabarow, und habe die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit unserem Land erklärt. So verneinte Trump im September beim Besuch in Polen die Frage von Journalisten, ob die erhöhte US-Truppenpräsenz in Polen eine Reaktion auf eine gestiegene Bedrohung aus Russland sei. Der Idee sei vielmehr aus „Respekt“ für Duda zugestimmt worden. Rasche Veränderungen in den Beziehungen zwischen dem Bündnis und Russland seien also nicht zu erwarten, fuhr Dschabarow fort. Die Parteien könnten aber Schritt für Schritt gegenseitig vorteilhafte Kontakte aufbauen. In einer Abschlusserklärung der Verbündeten wurde jedoch nach Informationen der dpa zum

ersten Mal die aufstrebende Militärmacht China als mögliche neue Bedrohung erwähnt. Zum Schluss des Nato-Gipfels in London nannte Stoltenberg am Mittwoch Russland – anders als auf dem Treffen mit Macron – bereits den „größten nächsten Nachbar“ und sprach sich generell für einen Dialog zwischen Brüssel und Moskau aus. Er lobte die Ergebnisse des Gipfels, darunter den neuen Aktionsplan gegen den Terrorismus und die Feststellung, dass die Nato-Ziele zur Erhöhung der Einsatzbereitschaft erreicht seien. Die gegenseitige Beistandspflicht der Bündnispartner sei felsenfest, so Stoltenberg.

**Dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Denis Puschlin hat den Bürgermeister von Ilowajs Sergej Mucha von seiner Funktion entbunden und an seiner Stelle Ruslan Dudnikow ernannt. Letzterer arbeitete bisher in der Donezker Stadtverwaltung und war Leiter der Abteilung für Grünpflege und kommunale Dienstleistungen der Hauptstadt. Mucha war seit Dezember 2018 Bürgermeister von Ilowajsk.**

### **de.sputniknews.com: Nato-Gipfel: Producer von Videoagentur Ruptly in London von Polizisten verhört und durchsucht**

Ein für den Nato-Gipfel akkreditierter Producer der Videoagentur Ruptly ist während des Gipfeltreffens in London von Polizisten festgehalten, verhört und durchsucht worden. Dies teilte der TV-Sender RT mit.

Nach der Ankunft im Medienzentrum sollte der Ruptly-Producer ein Namensschild bekommen. Man bat ihn jedoch, zu warten. Später kam ein Mensch in Zivilkleidung auf ihn zu, legte seinen Polizeiausweis vor und bat, auf weitere Polizeibeamte zu warten.

#### *Festnahme wegen Terror-Verdachts*

„Mehrere Polizisten traten an mich heran und baten, meine Dokumente zu zeigen und zu erläutern, was ich hier tue. Ich sagte, dass ich Journalist bin und auf eine Akkreditierungsbestätigung warte. Ich zeigte meinen Pass, meinen Journalistenausweis und den Brief mit einer Akkreditierungsgenehmigung. Man sagte mir, dass ich wegen Terror-Verdachts festgenommen werde; ich und meine Sachen wurden durchsucht“, sagte er. Laut seinen Aussagen teilte die Polizei mit, dass seine Akkreditierung annulliert worden sei. „Ich antwortete, dass das nicht der Fall sei, und zeigte eine E-Mail. Die Polizisten beharrten auf ihrem Standpunkt; ich sagte, dass man mich nicht darüber informiert habe, deswegen sei ich gekommen und hätte das Gebäude betreten. Nach 20 Minuten ließen die Polizisten mich in Ruhe“, fügte der Producer hinzu.

#### *Keine Nato-Antwort auf Anfrage*

Die Videoagentur Ruptly richtete eine offizielle Anfrage an die Nato, bislang gibt es keine Antwort.

#### *Simonjan schreibt auf Facebook*

RT- und Sputnik-Chefredakteurin Margarita Simonjan informiert auch über die entstandene Situation in ihrem Facebook-Account: „Der Producer unserer Videoagentur Ruptly, der für den Nato-Gipfel in London akkreditiert worden ist, wurde durchsucht und verhört; alle Journalistendokumente wurden geprüft, und man teilte mit, dass seine Akkreditierung annulliert wurde. Gemäß dem Gesetz – Achtung! – über Terrorismus. Auf unsere Anfrage hat die Nato bislang nicht geantwortet.“

Ferner schrieb sie: „Ich weiß nicht, wie es bei den Nato-Leuten funktioniert, aber wir nehmen keine Terroristen in Dienst (...)“

#### *Verbannung russischer Medien*

Großbritannien hatte dem TV-Sender RT und der Nachrichtenagentur Sputnik die Akkreditierung zur Globalen Konferenz für Medienfreiheit in London im Juli verweigert. Erklärt wurde der Schritt mit „einer aktiven Rolle von RT und Sputnik bei der Verbreitung von Desinformationen“. Dabei führte das britische Außenministerium keine konkreten Beispiele an.

Sputnik und RT wurden auch von der jährlichen Konferenz der Konservativen Partei Großbritanniens verbannt. Die Verweigerung der Akkreditierung wurde dabei erst einen Tag vor dem Beginn der Konferenz mitgeteilt, obwohl der Sender und die Agentur sich einen Monat zuvor angemeldet hatten. Die Veranstalter begründeten ihre Absage nicht.

Dan-news.info: Heute hat der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow der OSZE-Mission offiziell die Mitteilung übergeben, dass alle Maßnahmen entsprechend dem in der Kontaktgruppe bestätigten Zeitplan zur Beseitigung der Verstöße am Abschnitt der Trennung von Kräften und Mitteln Nr. 3 bei Petrowskoje abgeschlossen sind. Die Minenräumarbeiten sind erledigt und alle Befestigungsanlagen und andere militärische Objekte sind von Seiten der Republik demontiert.

„Es ruft Beunruhigung hervor, dass die ukrainische Seite im GZKK eine Verlängerung der Sicherheitsgarantien bis zum 5. Januar 2020 erbeten hat, um die Maßnahmen, die vom Zeitplan vorgesehen sind, zu verlängern, die eigentlich bis zum 4. Dezember 2019 abgeschlossen sein sollten“, sagte Jakubow weiter.

Nach seinen Informationen sind derzeit auf dem von den Truppen Kiews kontrolliertem Abzugsabschnitt nach wie vor die Befestigungsanlagen nicht demontiert, die Minenräumarbeiten dauern an.

„Wir bewerten solche Handlungen der ukrainischen Seite als vorsätzliche Verzögerung der Umsetzung der Vereinbarungen zur Beseitigung der Verstöße, die zu einem Verstoß gegen die vereinbarten Fristen führen, was seinerseits einen Präzedenzfall für die Blockade neuer Vereinbarungen schafft“, unterstrich Jakubow.

de.sputniknews.com: **Mord im Kleinen Tiergarten: Kiesewetter plädiert für EU-Reaktion**  
Der CDU-Außenpolitiker Roderich Kiesewetter hat am Donnerstag im Bayerischen Rundfunk den Mordfall in Berlin-Moabit und die Ausweisung russischer Botschaftsmitarbeiter aus Deutschland kommentiert.

Kiesewetter bezeichnete die Handlungen Berlins gegenüber russischen Diplomaten als „sehr moderat“. Die Bundesanwaltschaft verkündete am Mittwoch den Anfangsverdacht, dass staatliche Stellen in Russland oder in der Teilrepublik Tschetschenien dahinterstecken könnten.

Der CDU-Politiker hob jedoch hervor, dass „die Maßnahmen Deutschlands damit begründet“ seien, dass Russland „überhaupt nicht mitgewirkt“ habe, sondern die „partnerschaftliche Bitte Deutschlands zur Aufklärung einfach hat abtrocknen lassen“.

Russlands Kritik am deutschen Verhalten wies Kiesewetter als „scheinheilig“ zurück. Sollte sich der Verdacht erhärten, dass die Tat im Auftrag der russischen Regierung begangen worden sei, bräuchte man dann eine „europäische Antwort“. Ein „Land, das Auftragsmorde deckt“, könnte „nicht ohne weiteres auf Augenhöhe behandelt werden“.

*Merkel über Ausweisung russischer Botschaftsmitarbeiter*

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel warf Moskau am Mittwoch fehlende Unterstützung bei der Aufklärung des Mordes in Berlin-Moabit vor. Auswirkungen auf den bevorstehenden Ukraine-Gipfel am kommenden Montag in Paris sah die CDU-Politikerin aber nicht.

*Der Hintergrund*

Am 23. August war Zelimkhan Khangoshvili, ein Tschetschene mit georgischer Staatsangehörigkeit, in einem kleinen Park in Berlin-Moabit erschossen worden. Die Bundesanwaltschaft nennt das Opfer „Tornike K.“

Der mutmaßliche Täter, ein Mann mit russischem Pass, war kurz nach der Tat gefasst worden. Seit seiner Festnahme schweigt er. Die Bundesanwaltschaft hat inzwischen die Ermittlungen übernommen. Sputnik fasste zusammen, was momentan über Khangoshvili und seinen angeblichen Mörder bekannt ist.

### *Reaktion aus Russland*

Das russische Außenministerium dementierte jegliche Verwicklung der russischen Behörden in den Fall und betonte, dass die Erklärung der russischen Botschaftsmitarbeiter in Berlin zu „persona non grata“ unzulässig sei:

„Wir betrachten die Erklärungen der deutschen Seite zur Ausweisung von zwei Angestellten der russischen Botschaft in Berlin als unbegründet und unfreundlich. Ein politisierter Ansatz zu Ermittlungsfragen ist inakzeptabel. Wir sind gezwungen, eine Reihe von Reaktionsmaßnahmen umzusetzen.“

Auch der Botschafter Russlands in Deutschland, Sergej Netschajew, verurteilte am Mittwoch die Ausweisung russischer Diplomaten in Zusammenhang mit dem Mordfall in Berlin-Moabit scharf. Man sei „tief enttäuscht“ von dem Ansatz der deutschen Seite, deren Schritt unbegründet und unfreundlich sei.

„Es handelt sich um eine unmotivierter Politisierung einer Tat, deren Ermittlung ist längst nicht abgeschlossen“, hieß es in einer offiziellen Erklärung des Diplomaten.

Dem fügte Netschajew hinzu, dass das Vorgehen Berlins negative Auswirkungen auf die russisch-deutschen Beziehungen haben und Konsequenzen nach sich ziehen würde.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32606/75/326067510.jpg>

### **nachmittags:**

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 05.12.2019**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer **siebenmal das Feuer auf Gebiete von Ortschaften der Republik** eröffnet.

**In Richtung Gorlowka** haben Strafruppen der 59. Brigade Schapowalows das Gebiet von **Dolomitnoje** mit 120mm-Mörsern beschossen.

**In Richtung Donezk** haben Kämpfer Martschenkos aus der 28., Iwanows aus der 56. und Kokorjews aus der 92. Brigade der BFU die Gebiete von **Wasiljewka, Krutaja Balka, Spartak, Alexandrowka und das Gebiet der Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** mit Schützenpazern, Antipanzerhandgranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

**In Richtung Mariupol** haben Kämpfer Subanitschs aus der 10. Brigade das Feuer mit Mörsern des Kalibers 120mm auf das Gebiet von **Besymennoje** eröffnet.

Insgesamt haben die ukrainischen Kämpfer auf das Territorium der Republik 21 verschiedene Geschosse abgefeuert.

Mit Trauer teilen wir mit, dass **im Ergebnis eines hinterhältigen feindlichen Beschlusses ein Verteidiger unserer Republik starb**. Wir bringen den Verwandten und Freunde unser tiefes Mitgefühl zum Ausdruck.

Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und Verletzte unter der friedlichen Bevölkerung werden noch ermittelt.

Im Vorfeld des Treffens im „normannischen Format“ haben ukrainische nationalistische Banden die Agitationsarbeit zur Heranziehung der Bevölkerung zur Teilnahme an den Protestaktionen „Nein zur Kapitulation!“ aktiviert. Diese Kundgebung, die von den nationalistischen Organisationen „Nationales Korps“, „Rechter Sektor“, „Swoboda“ und „UNA-UNSO“ geplant ist, soll am 8. Dezember in Kiew am Gebäude der Administration des Präsidenten stattfinden. Hauptforderung der Kundgebungsteilnehmer ist die Einstellung der Erfüllung der Minsker Vereinbarungen. Um diese Aktion groß zu machen, führen Aktivisten des Regiments „Asow“ Agitationsmaßnahmen in Industriebetrieben der Ukraine aufgrund von einer finanziellen Absprache mit Gewerkschaftsführern durch, denen für die Organisation der Teilnahme von Mitarbeitern an der Kundgebung 500 Griwna pro Person gezahlt werden. Das offizielle Kiew seinerseits, das die Folgen der Massenunruhen fürchtet, unternimmt Schritte zur Verhinderung von Ordnungswidrigkeiten und zur Senkung der Kundgebungsaktivität. So haben Mitarbeiter des SBU am 3. Dezember in Kiew eine Durchsuchung in den Büros der ukrainischen radikalnationalistischen Partei „Nationales Korps“ unter dem Vorwand der Suche von Beweisen für die Beteiligung des Vorsitzenden der nationalistischen Struktur A. Bilezkij am Mord an dem Journalisten P. Scheremet durchgeführt. Aber nach uns vorliegenden Informationen ist die Arbeit der Spezialdienste gegen den Vorsitzenden des „Nationalen Korps“ mit einer Anweisung des Präsidenten der Ukraine W. Selenskij zur Zurückhaltung der Protestaktivitäten der Radikalen, die für den 8. Dezember geplant sind, verbunden.

Nach dem Tod der ukrainischen Offiziere aus der Spezialabteilung „Alpha“ des SBU hat das Kommando des Stabs der OOS die Durchführung einer Operation „Vergeltung“ geplant. Zu diesem Zweck hat die Führung des SBU Anweisungen gegeben, Scharfschützengruppen, die eine Ausbildung in Ausbildungszentren und Übungsplätzen in der Tiefe des Landes durchlaufen haben, an die Front zu schicken. Wir schließen eine Verschärfung der Lage entlang der Kontaktlinie durch die Aktivierung der Scharfschützertätigkeit durch Mitglieder ukrainischen Spezialdienste nicht aus.

Der Stab der OOS seinerseits desinformiert weiterhin die Öffentlichkeit, indem er seine Unterstützung der Minsker Vereinbarungen und die Einhaltung der Vereinbarungen erklärt. Außerdem führt das Kommando der ukrainischen Streitkräfte weitere Maßnahmen zur „Heroisierung“ nicht nur ihrer toten, sondern auch der überlebenden Diversanten durch, die auch für staatliche Auszeichnungen vorgeschlagen wurden. So ist die Ukraine das einzige Land der Welt, in dem man für das Zurücklassen und von toten und verletzten Kameraden auf dem Kampffeld ausgezeichnet wird.

**ukrinform.de: USA versprechen Selenskyj starke Unterstützung beim Normandie-Treffen**

Die Vereinigten Staaten unterstützen die Position der Ukraine beim bevorstehenden Treffen der Staatshäupter des Normandie-Formats in Paris, erklärte der US-Geschäftsträger in der Ukraine William Taylor in einem Kommentar für Journalisten, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Die Vereinigten Staaten unterstützen die Position der Ukraine bei den Verhandlungen im Normandie-Format, die am Montag beginnen sollen. Die Schuld der Russischen Föderation darin, dass ihre Handlungen zu Beginn des Krieges geführt haben, der bereits fünf Jahre andauert, ist offensichtlich. Das heißt, Russland muss Schritte unternehmen, um diese Situation zu lösen“, sagte der amerikanische Diplomat.

Er betonte, dass die Staatshäupter des Normandie-Quartetts zum ersten Mal seit drei Jahren

zusammentreffen, und dies sei eine Gelegenheit für Russland, sich darauf zu einigen, seine Truppen abzuziehen und die besetzten Gebiete des Donbass unter die Kontrolle der Ukraine zurückzugeben.

„Bei den Gesprächen am Montag wird Präsident Selenskyj unsere starke Unterstützung haben“, versicherte Taylor.

### de.sputniknews.com: **Als russische Su-57 getarnt? Neuer schwedischer „Gripen“-Kampfjet bei Erstflug fotografiert**

Im Netz ist ein Foto einer neuen Variante des schwedischen Mehrzweckkampfflugzeuges Gripen E während seines Erstflugs veröffentlicht worden. Russischen Medienberichten zufolge wurde die Maschine mit der Tarnung eines russischen Jagdflugzeugs vom Typ Su-57 ausgestattet.

Der Flugzeugbau- und Rüstungskonzern Saab AB veröffentlichte ein entsprechendes Foto via Facebook.

Das Unternehmen erklärte Medienberichten zufolge am 3. Dezember, dass die Maschine ihren Erstflug absolviert habe. Dabei handele es sich um den ersten Flug des Serienkampffjets Jas-39 Gripen E mit der Bordnummer 6002.

Das gepostete Bild zeigt das Flugzeug in einer aus drei Farben bestehenden Camouflage. Medien betonen dabei, es sei nicht bekannt, ob das neue Farbschema die standardmäßige schwedische Camouflage sein werde.

#### *Als Su-57 getarnt*

Die russische Zeitung „Rossijskaja Gaseta“ verweist auf eine Ähnlichkeit der schwedischen Maschine mit der russischen Su-57. Die Zeitung behauptet, dass das schwedische Flugzeug die Farben des russischen Jets trage.

Zuvor hatte die Luftwaffenbasis Nellis im US-Bundesstaat Nevada auf Facebook den Jet F-16C gezeigt, der mit der Tarnung des russischen Jagdflugzeugs der fünften Generation Su-57 ausgestattet wurde.

#### *Su-57*

Bei der Su-57 (vormals PAK FA) handelt es sich um den russischen Tarnkappen-Jet der fünften Generation, der für die Zerstörung von Luft-, Boden- und Überwasserzielen aller Art bestimmt ist.

Die Kombination aus extrem hoher Manövrierfähigkeit, Überschallgeschwindigkeit, modernster Bordtechnik und Tarnkappen-Technologie ermöglicht der Su-57 starke Konkurrenzvorteile gegenüber ausländischen Analoga. Seinen Jungfernflug absolvierte der Jet im Jahr 2010.



[https://scontent-ber1-1.xx.fbcdn.net/v/t1.0-0/p235x350/78177545\\_3458321064208569\\_923263147953881088\\_n.jpg?](https://scontent-ber1-1.xx.fbcdn.net/v/t1.0-0/p235x350/78177545_3458321064208569_923263147953881088_n.jpg?)

[\\_nc\\_cat=111&nc\\_ohc=8IggIMpMZM0AQlrde1SCiD8ICPVKycHR8nPexApOl4v1owXiWyvF6UbEQ&nc\\_ht=scontent-ber1-1.xx&oh=54d53d1d21a14f489a0abf13f9dbd3b0&oe=5E6B9346](http://nc_cat=111&nc_ohc=8IggIMpMZM0AQlrde1SCiD8ICPVKycHR8nPexApOl4v1owXiWyvF6UbEQ&nc_ht=scontent-ber1-1.xx&oh=54d53d1d21a14f489a0abf13f9dbd3b0&oe=5E6B9346)

### Mil-lnr.info: **Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I. M. Filiponenko**

In den letzten 24 Stunden wurde **kein Beschuss** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Die ukrainischen Truppen stationieren weiter Waffen und Militärtechnik in der Nähe von Orten auf von ihnen kontrolliertem Territorium.

So ist im Gebiet von Nowoswanowka auf den Positionen der 72. Brigade der ukrainischen Streitkräfte die Ankunft von zwei Schützenpanzerwagen und einem URAL-Lastwagen mit Munition zu bemerken, bei der Entladung detonierte aufgrund der Nichteinhaltung von Sicherheitsanforderungen eine der Kisten, in der Folge des Vorfalles starben vier Soldaten, zwei wurden schwer verletzt, der URAL ist irreparabel zerstört. ...

### de.sputniknews.com: **Roskosmos reagiert auf Berichte über das „Ende Russlands als Weltraummacht“**

Die amerikanische Zeitung „The Hill“ hat für reichlich Aufmerksamkeit gesorgt, als sie in einem Artikel behauptete, dass Russlands Status als Weltraummacht vor dem Ende stehe. Nun hat der russische Weltraumkonzern Roskosmos zu diesen Behauptungen Stellung genommen. Wie der Pressedienst von Roskosmos erklärte, habe der Artikel von „The Hill“ keinen Bezug zur Realität. Dies wird damit argumentiert, dass die amerikanischen Partner seit mehreren Jahren versprechen, ihr eigenes bemanntes Raumschiff zu starten, aber „sie kaufen immer noch Sitze in unserer Sojus“.

„Die Gerüchte über das Ende der russischen Kosmonautik sind stark übertrieben“, zitieren russische Medien die Mitteilung der Korporation.

Wie der Sprecher der Weltraumbehörde, Wladimir Ustimenko, sagte, sind solche Aussagen über die russische Raumfahrt keineswegs die ersten, und darum habe Roskosmos auch nicht gleich darauf reagiert. Laut dem Kosmonauten und Abgeordneten der Staatsduma, Maxim Suraew, sollte man nicht auf die Worte achten, sondern auf die Fakten, die ein anderes Bild zeigen.

Wenn man sich das Bild jetzt objektiv ansieht, werden alle Flüge, und zwar der Transport von Astronauten und Kosmonauten zur ISS, von Russland durchgeführt“, sagte Suraew. Anfang Dezember schrieb die Zeitung, dass der Beginn kommerzieller Weltraumflüge der Nasa „den Anfang vom Ende für Russland als Weltraummacht“ bedeuten werde. Dies sei damit argumentiert worden, dass Amerikaner erstmals seit 2011 wieder mit amerikanischen Raumschiffen von amerikanischem Boden aus in das All starten würden. Der Start der Commercial Crew von der Nasa sei für den Sommer 2020 geplant.

Dan-news.info: Eine gesellschaftliche Kommission zur Bewertung des den Einwohnern des Donbass zugefügten Schadens aufgrund der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Truppen wurde heute in Donezk gebildet. Die Entscheidung wurden von initiativen Einwohnern der DVR und der LVR auf einer öffentlichen Versammlung in der Schule Nr. 63 getroffen.

Zu der Veranstaltung kamen mehrere Dutzend Einwohner beider Republiken des Donbass, darunter auch Juristen. Der Ort des Treffens war nicht zufällig gewählt: Am 5. November 2014 haben ukrainische Truppen das Territorium der Bildungseinrichtung beschossen. Eines der Geschosse traf auf ein Fußballfeld, wo sich zu dem Zeitpunkt Schüler befanden. Zwei Jugendliche starben.

„Ich verstehe wie niemand die Wichtigkeit dieser Veranstaltung, denn unsere Schule, wie im übrigen der ganze Kujbyschewskij-Bezirk wurde mehrfach beschossen. Aus meiner Sicht ist

die Aktivität der gesellschaftlichen Kommission für alle Einwohner der Republik wichtig wie nie zuvor. Die Zeit ist gekommen, die Ukraine zu zwingen, ihre Rechnungen zu zahlen. Soll sie all das wiederaufbauen, was sie zerstört hat. Das wird gerecht sein“, sagte die stellvertretende Direktorin der Schule Walentina Paschenzewa.

Die Anwesenden stimmten einstimmig für die Initiative. Bei der Versammlung wählten sie eine Vorsitzende der Kommission, es ist das Mitglied des Rats der Rechtsanwälte der DVR Anastasija Butorkina. Insgesamt besteht die Kommission aus 19 Personen.

„Wir verstehen sehr gut, dass es für die Menschen schwer ist, selbständig die notwendigen Dokumente ohne Hilfe von Juristen zusammenzustellen. Deshalb wurde die gesellschaftliche Kommission geschaffen, die den Einwohnern der DVR und der LVR helfen wird, Anzeigen zu erstellen und sie an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu übergeben“, unterstrich Butorkina.

### de.sputniknews.com: **Qualität anders als in EU: Deutsche und andere Marken sorgen für Verbraucherskandal in Russland**

Der Föderale Antimonopoldienst Russlands hat den Herstellern von Persil- und Ariel-Waschpulvern sowie denen von Lindt-Schokolade vorgeworfen, dass ihre in Russland verkauften Produkte sich in der Qualität von denen im Ausland unterscheiden würden. Ein Vertreter des Herstellers von Haushaltschemikalien nimmt die Produkte in Schutz.

Über „die doppelten Standards“ berichtete der stellvertretende Chef des Antimonopoldienstes, Andrej Kaschewarow, auf einer Pressekonferenz am Donnerstag. Dass die Qualität der Marken in Russland sich von denen in der EU produzierten unterscheidet, ergaben laut Kaschewarow die Analysen, die der Antimonopoldienst samt dem Föderalen Dienst für die Aufsicht im Bereich Verbraucherschutz und Schutz des menschlichen Wohlergehens (Rospotrebnadzor) durchführte.

So werde auf der Verpackung des in Russland produzierten Waschpulvers eine Dosierung angegeben, die eineinhalb oder doppelt so groß sei, wie die auf der Verpackung eines in der EU verkauften Waschmittels derselben Marke. Außerdem seien die Indikatoren für Schaumbildung und Waschfähigkeit unterschiedlich. Auch testeten die Experten die Lindt-Schokolade mit unterschiedlichen Geschmacksrichtungen. Es stellte sich heraus, dass sich der Gehalt an 12-14 organischen Säuren im Blick auf die in Europa hergestellten Tafeln unterscheidet (in einigen Fällen um zehn bis fünfzig Prozent und in den anderen um 100 bis 200 Prozent). Zugleich würden die Kunden sich beim Kauf dieser Waren in Russland an der globalen Reputation der Marke orientieren, meinte Kaschewarow.

„Wir reden in diesem Fall nicht über den Geschmack und so weiter, wir sagen, dass es unterschiedliche Komponenten in den gleichen Produkten gibt, die gleich heißen.

Dementsprechend kann dies aus unserer Sicht dazu führen, dass Verbraucher getäuscht werden und die Eigenschaften und Qualität der von ihnen gekauften Waren fehleinschätzen“, sagte er und meinte damit die russischen Aufschriften „Deutscher Qualitätsstandard“ auf dem Waschpulver Persil und „Nummer eins in Europa“ auf dem Waschpulver Ariel.

Der russische Verband der Hersteller von Haushaltschemikalien hat die Stellungnahme des Antimonopoldienstes zu den doppelten Standards bereits kommentiert. Der Antimonopoldienst unterstütze den Mythos, dass die im Ausland bestellten Waren besser seien als die inländischen, sagte der stellvertretende Leiter des Verbandes, Pjotr Bobrowski, gegenüber dem russischen Geschäftsportal RBC. Dem Verband gehören auch Henkel als Hersteller des Waschpulvers Persil und Procter & Gamble als Hersteller des Waschpulvers Ariels an. Darüber hinaus äußerte er sich verwirrt über den Vergleich von Produkten der gleichen Marke, die für verschiedene Märkte hergestellt wurden. „Diese Unternehmen produzieren Waren gemäß den Anforderungen der Gesetzgebung der Russischen Föderation und der Eurasischen Wirtschaftsunion und haben keinen Anspruch darauf, sich von den Vorschriften anderer Staaten leiten zu lassen.“ Die Erklärung des Dienstes habe den Ruf der

Investoren geschädigt, „die in Russland produzieren und High-Tech-Arbeitsplätze schaffen“, so der Vertreter der Assoziation.

Der Föderale Antimonopoldienst mahne bereits die Unternehmen, darunter „Henkel Rus“ und „Procter and Gamble Novomoskovsk“, vor wiederholten Abweichungen. Sie sollen innerhalb von 30 Tagen entweder ihre Waren den in der EU hergestellten zuordnen oder die Verpackung entsprechend markieren, damit die Russen nicht irreführt werden. Sonst würden sie ziemlich hart angemessen bestraft werden.

### **Dan-news.info: Kommentar der Außenministerin Natalja Nikonorowa in Erwiderung auf die Aussagen Kiews über eine Veränderung der Zusammensetzung der Kontaktgruppe**

„Die Pläne Kiews über eine Veränderung der Zusammensetzung der Kontaktgruppe widersprechen dem Wesen des Minsker Prozesses, der vorsieht, die Konfliktseiten an einen Verhandlungstisch zur Regelung des Konflikts zu bringen. Wenn Kiew selbst auswählen wird, mit wem es verhandeln will, so verliert der ganze Prozess seinen Sinn. Es ist offensichtlich, dass die ukrainische Seite mit den legitimen Vertretern der Republiken, die die gesetzlichen Interessen des Volks vertreten, keine Vereinbarungen treffen will, sondern plant „sprechende Köpfe“ zu wählen, die einen für sie günstigen Standpunkt vertreten werden. Dies wird ihnen nicht gelingen. Weder wir noch die internationalen Vermittler des Minsker Prozesses werden eine Revision der Vereinbarungen zulassen, die von einer Resolution des UN-Sicherheitsrats bestätigt wurden.

Statt neue Formate der Verhandlungen in Minsk auszudenken, neue Teilnehmer als Ersatz für die vorhandenen heranzuziehen, sollte die Ukraine ihrerseits beginnen, ihre Verpflichtungen bezüglich des Maßnahmekomplexes zu erfüllen. Die Kiewer Regierung erklärt offen, dass sie den Republiken niemals einen besonderen Status gewähren wird und versucht, ihn durch den Begriff Dezentralisierung zu ersetzen und lügt außerdem offen darüber, dass ihre Verfassung den Regelungen des Maßnahmekomplexes entspricht.

Ich erinnere daran, dass der Maßnahmekomplex die Parameter des besonderen Status vorsieht, die sich gerade auf den Donbass beziehen: sprachliche Selbstbestimmung, Vollmachten der örtlichen Organe zur Ernennung von Staatsanwaltschaft und Richtern, die Möglichkeit mit Kiew Vereinbarungen bezüglich einer ökonomischen, kulturellen und sozialen Entwicklung abzuschließen, die Möglichkeit, unsere Volksmiliz zu haben u.s.w. Gerade dies sind die Besonderheiten, die Kiew bei der Durchführung der Verfassungsreform zur Befestigung des besonderen Status gemäß Punkt 11 des Maßnahmekomplexes berücksichtigen muss.

Der derzeitige Entwurf der Ukraine enthält diese Bestimmungen nicht und kann sie nicht enthalten, weil er für das gesamte Territorium der Ukraine vorgesehen ist. Dies ist ein Versuch, die Begriffe auszutauschen. Einfacher gesagt – Betrug.

Herr Jermak besteht nur deshalb so hart auf der Änderung der Zusammensetzung der Kontaktgruppe von Seiten der Republiken, weil wir von der ukrainischen Seite gerade einen Dialog mit unserem Volk fordern und nicht mit der RF, die, wie die OSZE, ein Vermittler des Verhandlungsprozesses ist. So müssen Änderungen in der Verfassung in erster Linie mit uns, den „verhassten“ Vertretern der Republiken, vereinbart werden und erst danach eine Verfassungsreform entsprechend den Anforderungen des Maßnahmekomplexes durchgeführt werden. Das betrifft auch die Durchführung von örtlichen Wahlen, die die ukrainische Seite vorhat im Herbst 2020 durchzuführen, gleichzeitig mit den übrigen Oblasten. Wir erinnern die Kiewer Regierung daran, dass gemäß dem Text der Formel Steinmeiers, die von A. Jermak selbst vereinbart und von L. Kutschma unterzeichnet wurde, Wahlen im Donbass außerplanmäßige sein werden und in keiner Weise vom ukrainischen Wahlzyklus abhängen. Einseitige Handlungen Kiews heben nur die geringen Erfolge auf, die im Minsker Prozess in der letzten Zeit erreicht wurden.“

Zuvor hatte der Assistent des Präsidenten der Ukraine Andrej Jermak den Vorschlag Kiews mitgeteilt, die Vertreter der DVR und der LVR in der Kontaktgruppe zu erweitern oder zu ersetzen. Davon sprach er bei einem Treffen beim Königlichen Institut für internationale Beziehungen in London. Außerdem hatte er erklärt, dass Kiew Donezk und Lugansk niemals einen besonderen Status gewähren wird. Nach den Worten Jermaks kann Ergebnis einer Verfassungsreform zusätzliche Vollmachten für die Republiken sein, aber von Autonomie kann nicht die Rede sein.

de.sputniknews.com: **Aufbau der Ostukraine – Deutsche Wirtschaft schlägt Pakt vor**  
Mit Blick auf den Ukraine-Gipfel in Paris am kommenden Montag schlägt der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft einen europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt für die Ostukraine vor. Die Vorschläge sollen auch den akuten Finanzbedarf von schätzungsweise drei Milliarden Euro regeln.

Die Vorschläge bestehen aus acht Maßnahmen, die im Falle eines erfolgreichen Gipfeltreffens der vier Staats- und Regierungschefs Frankreichs, Deutschlands, der Ukraine und Russlands umgesetzt werden könnten. Am kommenden Montag beraten der Emmanuel Macron, Angela Merkel, Wladimir Selenski und Wladimir Putin im sogenannten Normandie-Format die Zukunft des Donbass.

#### *Finanzierungsfragen*

Aus Sicht der deutschen Wirtschaft wäre ein erster Schritt die Schaffung einer internationalen Geberkonferenz, auf der Mittel für den Wiederaufbau der Ostukraine eingeworben werden. „Wir gehen von einem ersten, akuten Finanzbedarf von mindestens drei Milliarden Euro aus“, so Oliver Hermes, Vorsitzender Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft (OAOEV). „Diese Gelder sollten ausschließlich in den vom Krieg direkt betroffenen Kommunen und zu gleichen Teilen auf beiden Seiten der derzeitigen Kontaktlinie eingesetzt werden.“

Zur sachgerechten Verwaltung der Mittel schlägt der OAOEV die Einrichtung eines Wiederaufbaufonds bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung vor. Die Gelder sollten zur Wiederherstellung der zerstörten Infrastruktur, für attraktive Investitionskredite und zur Absicherung von Handels- und Kreditgeschäften genutzt werden. Denkbar sei zudem, die vom Krieg betroffenen Regionen zu einer großen Sonderwirtschaftszone weiterzuentwickeln.

#### *Kommunikation ist alles*

Zur Unterstützung des Wiederaufbaus setzt sich der OAOEV für die Gründung eines Business Advisory Councils, eines Beratergremiums, für die Ostukraine ein. Das soll aus Vertretern von Wirtschaftsverbänden aus der Ukraine, Russland, der EU und allen interessierten OSZE-Ländern bestehen. Ein ähnliches Modell gab es bereits Anfang der 2000er Jahre für den Friedensprozess auf dem Westbalkan.

Entscheidend für erfolgreiche Investitionen sei laut Hermes, dass alle Gebiete in der Ostukraine wieder in nationale und internationale Handelsbeziehungen und Wertschöpfungsketten einbezogen werden könnten.

So könnten die laufenden Verhandlungen über einen neuen Gas-Transitvertrag zwischen der Ukraine und Russland unter Vermittlung der EU zu einem Wirtschaftstrialog zu allen strittigen Wirtschaftsfragen erweitert werden.

„Ziel dieses Trialogs ist es, nachhaltige Energiebeziehungen zu entwickeln, bestehende Handels- und Investitionshemmnisse einschließlich der gegenseitigen Sanktionen abzubauen und die Perspektive auf einen gemeinsamen Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok zu öffnen“, so Hermes.

Die Vorschläge der Deutschen Wirtschaft liegen den am Normandie-Format beteiligten Regierungen vor.

ukrinform.de: **Schweizer Diplomatin Heidi Grau wird neue Ukraine-Sondergesandte der OSZE**

Die Schweizer Diplomatin Heidi Grau wird zur neuen Sondergesandten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) für die Ukraine ernannt.

Die Botschafterin Grau tritt die Nachfolge des österreichischen Diplomaten Martin Sajdik an, wie der amtierende Vorsitzende der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Außenminister der Slowakei Miroslav Lajcak beim Treffen der OSZE-Außenminister am Donnerstag in Bratislava mitteilte.

Martin Sajdik wurde statt Heidi Tagliavini im Juni 2015 zum Sondergesandten der OSZE in der Ukraine ernannt.



[https://static.ukrinform.com/photos/2019\\_12/thumb\\_files/630\\_360\\_1575540188-899.jpg](https://static.ukrinform.com/photos/2019_12/thumb_files/630_360_1575540188-899.jpg)

**abends:**

de.sputniknews.com: **„Sie bauen einfach weiter“: Rohrverlegung bei Nord Stream 2 wieder aufgenommen – OMV**

Die Projektgesellschaft Nord Stream 2 AG hat die Verlegearbeiten für die Pipeline wieder aufgenommen, wie der Chef des österreichischen Öl- und Gaskonzerns OMV, Rainer Seele, am Donnerstag mitteilte.

„Ich sehe, dass sie (Nord Stream 2 AG. - Anm. d Red.) Fortschritte zeigen, sie haben die Verlegung der Gaspipeline fortgesetzt und verschwenden keine Zeit mit Reden, sondern sie bauen sie einfach weiter“, so Seele.

Die OMV AG ist Partner des russischen Energiekonzerns Gazprom im Nord Stream 2-Projekt.

*Pipeline-Projekt Nord Stream 2*

Das Projekt Nord Stream 2 sieht die Verlegung einer Pipeline vor, die das russische Gas über den Meeresgrund der Ostsee direkt nach Deutschland leitet. Die Inbetriebnahme war bis Ende 2019 geplant.

Die Gasleitung soll durch die Territorialgewässer und die ausschließlichen Wirtschaftszonen der Ostseeränder — Russland, Finnland, Schweden, Dänemark und Deutschland – führen.



<https://cdn.de1.img.sputniknews.com/images/32599/06/325990650.jpg>

**ukrinform.de: Gipfeltreffen im Normandie-Format: Selenskyj beruft Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates am Samstag ein**

Eine Sitzung des Rates für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine im Rahmen der Vorbereitung zum Gipfeltreffen im Normandie-Format unter der Leitung des Präsidenten der Ukraine Wolodymyr Selenskyj findet am 7. Dezember statt.

Das gab Sekretär des Rates Olexij Danilow nach einer Beratung zum Gipfeltreffen bekannt. Die Sitzung werde unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgehalten.

Das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Ukraine, Deutschlands, Frankreichs und Russlands soll am 9. Dezember 2019 in Paris stattfinden. Das wird das erste Treffen von Selenskyj und dem russischen Präsidenten Putin sein.

**lug-info.com: Erklärung des Außenministers der LVR Wladislaw Dejnego**

Die Versuche Kiews, für sich günstige Verhandlungsteilnehmer aus dem Donbass bei den Verhandlungen der Kontaktgruppe zu wählen, ist eine weitere absurde Idee, die eine Absage an die Erfüllung der Minsker Vereinbarungen bedeutet.

Nun, die Frage des Friedens im Donbass ist Gegenstand der Erörterung der Konfliktseiten. Und nur im Dialog mit realen Vertretern der Republiken des Donbass kann man mit einer Bewegung bei der friedlichen Regelung des Konflikts rechnen.

Und nur die Vertreter dieser Republiken haben die Vollmachten und die Mechanismen zur Realisierung von Vereinbarungen, die bei den Verhandlungen der Kontaktgruppe erzielt wurden, was mehrfach in der Praxis bewiesen wurde.

Und das offizielle Kiew war bis jetzt nicht in der Lage, eine Erfüllung seiner Verpflichtungen zu gewährleisten, und es manipuliert weiter mit den Fragen der Minsker Verhandlungen bis hin zu Erklärungen über eine Absage an seine Verpflichtungen oder den Austausch „missliebiger Verhandlungsteilnehmer“.

Alle diese Versuche, das Wesen der Minsker Verhandlungen zu verdrehen, sind genauso eine Lüge wie, dass im Donbass nur anderthalb Millionen Einwohner verblieben sind. Anderthalb Millionen leben allein in der Lugansker Volksrepublik. In der Donezker etwa eine Million mehr.

Außerdem unternimmt Kiew Verdrehungen auch in der Frage von Änderungen in der Verfassung „für das ganze Land“. Der Text des Maßnahmekomplexes ist auf der Seite der OSZE veröffentlicht und dort ist deutlich die Aufgabe festgeschrieben, Änderungen in die Verfassung unter Berücksichtigung der Besonderheiten von Donezk und Lugansk einzufügen und einen dauerhaften Charakter des besonderen Status des Donbass festzuschreiben. Genau diese Besonderheiten bilden den besonderen Status. Es ist deshalb auch besonders, weil seine Parameter sich ausschließlich auf den Donbass und nicht auf die gesamte Ukraine beziehen. Genauso verlogen sind auch die Versuche, die Wahlen im Donbass unter die nächsten

ukrainischen Wahlen zu fassen: die vor kurzem in der Kontaktgruppe unterzeichnete Formel Steinmeiers verweist, wie auch der Maßnahmenkomplex, direkt auf den Umstand der Durchführung einzelner – außerordentlicher – Wahlen nach einem besonderen Gesetz, das mit den Vertretern des Donbass abgestimmt sein muss (mit uns müssen auch alle übrigen Gesetzesentwürfe, die den Konflikt betreffen, abgestimmt werden).

Aber unabhängig von allen derartigen Provokationen bestehen wir darauf, dass Kiew den Donbass hören muss, seine Interessen berücksichtigen und seine in Minsk unterzeichneten Verpflichtungen erfüllen muss. Und damit wenden wir uns an die Garantenstaaten der Minsker Vereinbarungen – in einigen Tagen haben Sie die Möglichkeit das offizielle Kiew zur Vernunft zu bringen und es in das Gleis eines konstruktiven Dialogs in Minsk zurückzubringen.